



## >> NEWSLETTER AUS MADRID

### >> *Zapatero und Rajoy vereint gegen die ETA?*

Oppositionsführer Mariano Rajoy hat Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero bei einem Treffen am vergangenen Montag die



volle Unterstützung der Volkspartei im Kampf gegen die ETA zugesagt. „Zur Zerschlagung der ETA ist die Einheit aller Demokraten unentbehrlich“, erklärte der PP-Chef nach dem Gespräch im Regierungssitz *La Moncloa*. Nachdem die Antiterrorpolitik der Regierung jüngst Gegenstand heftigster Auseinandersetzungen war, demonstrieren die beiden großen Parteien PSOE und PP nun so zumindest nach außen Geschlossenheit gegenüber der baskischen Untergrundorganisation ETA, die eine Woche zuvor angekündigt hatte, den bewaffneten Kampf wieder aufnehmen zu wollen. Eine offizielle Wiederbelebung des Antiterrorpakts der beiden Parteien aus dem Jahre 2000 wird es allerdings nicht geben. Zapatero, der sich bewusst ist, dass eine Fortsetzung der politischen Auseinandersetzung um die Antiterrorpolitik ihm nur Nachteile einbringt, sagte, dies sei kein Moment, Verträge zu unterschreiben, sondern sich gemeinsam gegen die Bedro-

hung durch die Terroristen zu stellen. Das Gespräch mit Rajoy nannte er dabei einen „ersten Schritt, um das gemeinsame Vertrauen wiederherzustellen“.

In den spanischen Medien wurde sogleich über die Stabilität von Zapateros und Rajoys neuem Einvernehmen spekuliert. Denn auch wenn sich beide Parteien über das Ziel einig sind, den Terror der ETA zu beenden, bleiben die Differenzen über den dazu einzuschlagenden Kurs bestehen. Die PP möchte deshalb ihre Solidarität auch nicht als Blankoscheck für die Sozialisten verstanden wissen. Rajoy, dessen Entgegenkommen politisch zu werten ist, betonte, seine Unterstützung der Regierung gelte für eine „Zerschlagung der ETA, nicht für Verhandlungen mit der ETA“. Er sei jedoch überzeugt, dass



Zapateros „Experimente“ im Umgang mit der ETA vorbei seien und „die ETA jetzt erledigt“ werden könne. Die Haltung der Regierung gegenüber den gewählten Vertretern der ETA-nahen Frontpartei ANV im Baskenland sowie der Ausgang der Koalitionsverhandlung der PSOE mit der nationalistischen *Nafarroa Bai* in der Region Navarra sieht die PP dabei als erste Lackmustests der Ernsthaftigkeit Zapateros in dieser Frage. Rajoy machte

auch deutlich, dass er den Schulterabschluss mit der Regierung vor allem auf Verlangen der spanischen Bevölkerung hin suche, die die Einheit der politischen Kräfte im Kampf gegen die ETA fordert. „Ich bin bereit, die Regierung zu unterstützen, denn darum bittet mich die spanische Gesellschaft“, so Rajoy. Gleichzeitig streckte der PP-Chef der baskischen Nationalistenpartei PNV die Hand entgegen und rief sie dazu auf, dem Kampf gegen die ETA beizutreten.

Die katalanische Tageszeitung *La Vanguardia* kommentiert dazu, dass Rajoy und Zapatero vor allem einen Pakt mit der Realität geschlossen hätten. Am Vorabend eines neuen ETA-Anschlags könnten es sich weder PSOE noch PP erlauben, Parteipolitik zu betreiben. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Antiterrorpolitik kein Thema im Vorfeld der Parlamentswahlen im nächsten Jahr sein wird. PP-Chef Rajoy erklärte, er werde am Ende von Zapateros Legislaturperiode genauestens Bilanz ziehen.

Im Gegensatz zum Antiterrorpakt von 2000, dem exklusiv nur PSOE und PP angehörten, sollen diesmal alle Parteien in die demokratische Front gegen die ETA einbezogen werden. Dies hatte im Vorfeld des Gesprächs unter anderem auch der Fraktionsvorsitzende des liberalchristdemokratischen Parteibünd-



nisses CiU im Kongress, Josep Antoni Duran i Lleida (Foto), gefordert. Der Politiker sprach sich zudem gegen eine „Antiterrorpolitik zu zweit“

aus. Ministerpräsident Zapatero, der sich am Mittwoch mit Vertretern der anderen Parteien traf, versprach in diesem Sinne „die Einheit im Dialog mit allen politischen Kräften zu bewahren“.

## >> **Zwist und Streit zum 30. Jahrestag der Demokratie**



Eigentlich sollte die Begehung des 30. Jahrestages der Einführung der Demokratie in Spanien ein Tag der Freude und Harmonie sein. Doch trotz der harmonischen Töne zwischen Regierung und Opposition zu Wochenbeginn in Sachen ETA fanden die Parteien genügend Gelegenheit, sich anlässlich der Feierstunde im Parlament, die der ersten demokratischen Parlamentswahl am 15. Juni 1977 gedenken sollte, zu streiten.

Bei der Veranstaltung, zu der alle noch lebenden Mitglieder des ers-



ten frei gewählten Parlaments nach der Franco-Diktatur sowie die aktuellen Abgeordneten eingeladen waren, sprach König Juan Carlos I (Foto). Dieser rief die politischen Kräfte Spaniens dazu auf, in den wichtigen politischen Fragen, wie etwa dem Kampf gegen den Terrorismus, die Einheit zu suchen. Die Parteien forderte er auf, den Konsens zu finden, so wie er in der Zeit des Übergangs zur Demokratie geherrscht habe. Dies sei

eine „moralische Verpflichtung“ gegenüber allen Opfern. Der sozialistische Parlamentspräsident Manuel Marín (Foto) dankte dem König für sein Engagement für die Demokratie



in Spanien, der dafür „standing ovations“ ertete.

Trotz der mahnenden Worte des viel respektierten Monarchen war die Feierstunde von Missstimmungen überschattet. Bereits im Vorfeld der Gedenkveranstaltung sorgte der geplante Redeauftritt von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero für Streit. Die PP kritisierte, der Auftritt von Zapatero schaffe einen Präzedenzfall bei „einem derartigen Akt“ im Parlament und trage auf diese Weise zur „Politisierung“ der Veranstaltung bei. Dies sei bisher nicht Usus gewesen und wenn Zapatero spreche, müsse auch dem Oppositionsführer Mariano Rajoy Rederecht eingeräumt werden. Dies war jedoch von den Organisatoren nicht vorgesehen worden. Daraufhin verzichtete der Regierungschef auf seinen Auftritt. Im Gegensatz zu den ehemaligen Ministerpräsidenten Felipe González und José María Aznar nahm Zapatero jedoch an der Gedenkfeier teil.



Die linksnationalistische Partei ERC aus Katalonien weigerte sich, an dem Akt teilzunehmen. Ihr Fraktionsvorsitzender, Joan Tardá, gab zur Begründung, die Wahlen von 1977 seien nicht „wirklich demokratisch“ gewesen, da seine Partei damals nicht habe teilnehmen dür-

fen. In Anspielung auf den Streit um einen Ausschluss der ETA-nahen Partei ANV von den Wahlen im Baskenland erklärte Tardá, in Zeiten, in denen so viel über Wahlausschlüsse geredet werde, sollte man sich daran erinnern, dass beim Beginn der spanischen Demokratie nicht alle politischen Kräfte die selben Rechte gehabt hätten.



Für einen weiteren Eklat sorgte der Gründungsvater der heutigen Volkspartei, Manuel Fraga (Foto), der dem ersten Parlament angehörte und später Regionalpräsident von Galicien wurde. Er nahm die Veranstaltung zum Anlass, das von der Regierung geplante „Gesetz der historischen Erinnerung“ zu kritisieren, welches die Vergangenheit des Spanischen Bürgerkriegs und der Franco-Diktatur aufarbeiten soll. Dazu Fraga: „Wir können heute getrost sagen, das Spanien zu den zehn wirtschaftlich und sozial am weitesten entwickelten Ländern gehört. Wie man aber am Gesetz der historischen Erinnerung sehen kann, gibt es einige unter uns, die alles wieder neu aufrollen wollen. Ich glaube, dies ist ein schwerer Irrtum und eine Dummheit.“ Fraga forderte, in die Zukunft zu blicken und das weiter zu verbessern, was das Land bereits erreicht habe.



Prompt konterte der ehemalige sozialistische Abgeordnete der ersten Stunde, Alfonso Guerra (Foto), die Generation von 1977 habe damals ver-

standen, in Grundsatzfragen den Konsens zu finden. Doch sei dies heute wesentlich schwieriger, denn einige Parteien seien radikaler geworden und nicht mehr so kompromissbereit wie seinerzeit.

## >> **PP will Fünf-Prozent-Hürde bei Regional- und Kommunalwahlen**

Die Volkspartei beabsichtigt, aus den Wahlergebnissen der Regional- und Kommunalwahlen vom 27. Mai 2007 auf gesetzgeberischer Ebene Konsequenzen zu ziehen. Bei den Wahlen vor einigen Wochen hatte die Volkspartei zwar in zahlreichen Regionen und Kommunen die stärkste Fraktion stellen können, doch durch Koalitionsabkommen mit regionalen Splitterparteien gelangten die Sozialisten an die Macht. Die Volkspartei, die diese Entwicklung als undemokratisch betrachtet, will nun über eine Gesetzesänderung die Hürden für eine Regierungsbildung auf regionaler und kommunaler Ebene höher stecken.



Zu diesem Zweck hat PP-Chef Mariano Rajoy (Foto) eine Initiative zur „Erneuerung der Demokratie“ angekündigt. Die Volkspartei plant ein Gesetzentwurf einzubringen, welches bei Regional- und Kommunalwahlen einer Partei nur dann Repräsentation im Stadt- bzw. Gemeinderat oder im Regionalparlament einräumt, wenn sie mindestens fünf Prozent der Wählerstim-

men erreicht. Bisher lag die Hürde bei drei Prozent. Darüber hinaus soll die Partei, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigen kann, ein Vorrecht auf die Bildung von Regierungskoalitionen haben.

PP-Fraktionsvorsitzender Eduardo



Zaplana (Foto) zufolge soll der Gesetzentwurf noch in dieser Legislaturperiode eingebracht werden. Die Gesetzesinitiative begründete Zaplana mit den Worten: „Wer nicht einen gewissen Teil der Gesellschaft auf seiner Seite hat, soll auch später nicht über ihre Vertretung in den Institutionen bestimmen.“ Er kündigte an, weitere im spanischen Parlament vertretene Parteien für das Vorhaben gewinnen zu wollen. Doch dürfte dieses Projekt der PP bereits schon heute eine „Todgeburt“ werden, da zahlreiche im Parlament vertretene Regionalparteien herausfallen würden. Sollte die Initiative im Parlament scheitern, plant die Volkspartei, diese in ihr Wahlprogramm für die nächsten Parlamentswahlen aufzunehmen.

Unterdessen ist drei Wochen nach den Regional- und Kommunalwahlen die Regierungsfrage in vielen Gebieten weiterhin ungeklärt. Grund dafür ist, dass regionale Klein- und Kleinstparteien oftmals das Zünglein an der Waage bei der Koalitionsfindung spielen. Die Autonomen Regionen, in denen es bisher noch keine neuen Regierungen gibt, sind Navarra, die Balearen und die Kanarischen Inseln. In



Navarra ist weiter unklar, ob die siegreiche

PP-Schwesterpartei UPN (42,2 Prozent) regieren wird, oder ob sich die PSOE (23,7%) und die nationalistische Nafarroa-Bai (22,4%) einigen und die UPN so von der Regierung verdrängen.



Auf den Balearen sieht es indes danach aus, als ob die PSOE mit mehreren regionalen Klein- und Kleinstparteien eine Regierungskoalition unter Francesc Antich eingehen wird. Die neue Regierung würde über genau eine Stimme Mehrheit im Regionalparlament gegenüber der PP verfügen. Die Volkspartei hatte bei den Wahlen mit 45,1 Prozent nur denkbar knapp die absolute Mehrheit im Parlament verpasst.

Auf den Kanarischen Inseln deutet momentan alles darauf hin, dass die mit 34,7 Prozent der Wählerstimmen siegreiche PSOE nicht die Regierung wird anführen können. Die Regionalpartei Coalición Canaria (23,1%) hat die Koalitionsverhandlungen vorerst auf Eis gelegt. Ein Sprecher erklärte, es gebe „kein Vertrauen“ zwischen beiden Parteien, um die Inseln zu regieren. Gerüchten zufolge ist der PSOE-Spitzenkandidat Juan Fer-



nando López Aguilar (Foto), der seinen Posten als Justizminister in Madrid aufgegeben hatte, um Regionalpräsident auf den Kanaren zu werden, der Stein des Anstoßes. Die PSOE wertet die Aussagen der CC als „schlechten Scherz“. Sollte keine Koalition zwischen CC und PSOE zustande

kommen, gilt eine Wiederauflage der bisherigen Regierungskoalition zwischen PP und CC für wahrscheinlich, die zusammen über 34 Sitze im Regionalparlament verfügen. Die Sozialisten kommen dagegen nur auf 26 Sitze.

## >> Kein Schulabschluss ohne staatlichen Wertunterricht?

In der Auseinandersetzung um das verpflichtende Schulfach „Bürgererziehung“, welches im Rahmen



der umstrittenen Reform zum Schulgesetz (LOE) eingeführt worden war, verhärteten sich die Fronten zwischen Regierung und Opposition weiter. Erziehungsministerin Mercedes Cabrera (PSOE) kündigte im Kongress an, dass Schüler, die aus Gewissensgründen den staatlichen Werteunterricht verweigern, keinen Abschluss erhalten sollen. Cabrera mahnte an, das Fach sei „verpflichtend“ und es gebe zu ihm „keine Alternative“. Gleichzeitig wehrte sie sich gegen Vorwürfe, das Schulfach sei eine ideologische Indoktrinierung.

Die PP-Abgeordnete Sandra Mo-



ño (Foto) warf der Erziehungsministerin vor, mit ihren Äußerungen „Angst, Sorge und Unruhe“ in den spanischen Familien zu verursachen und kündigte an, ihre Partei werde das Fach „Bürgererziehung“ im Falle eines Sieges bei den nächsten Par-

lamentenwahlen abschaffen. Auch PP-Chef Mariano Rajoy hatte mehrfach erklärt, er halte das Fach für „Unsinn“.



Alejandro Tiana (Foto), Generalsekretär der Regierung für Erziehung sagte, diejenigen, die sich für eine Verweigerung der Teilnahme an

dem Schulfach aus Gewissensgründen einsetzen, führten mit Fehlinformationen eine „Kampagne des zivilen Ungehorsams gegenüber den Gesetzen“. Das Ministerium werde jedoch in dieser Hinsicht „hart“ bleiben, da dies seine „Verantwortung“ sei.

Das „Forum der spanischen Familien“ rief unterdessen erneut dazu auf, die Teilnahme an der „Bürgererziehung“ zu verweigern. In einer Erklärung wirft die Organisation Tiana vor, die Spanier „über ihre verfassungsmäßigen Rechte anzulügen“ und die Gegner der „Bürgererziehung“ mit Drohungen „einschüchtern“ zu wollen, „die jeglicher juristischen Rechtfertigung entbehren“. Gleichzeitig informierte das Forum, ihm seien mehr als 6.000 Einsprüche aus Gewissensgründen gegen das neue Schulfach bekannt. Das Verhalten Tianas und anderer Vertreter des Erziehungsministeriums zeige, dass diese ein Verständnis vom Bürger hätten, welches „der spanischen Verfassung fern“ stünde.

Auch die Katholische Kirche Spaniens hatte mehrfach den staatlichen Werteunterricht kritisiert. Die spanischen Bischöfe erklärten, dieser sei eine „staatliche und ver-

pflichtende Gewissensformung“, welche den Jugendlichen „moralischen Relativismus“ aufzwinge. Der Kardinal von Madrid, Antonio María Rouco Varela, erklärte, das Fach „Bürgererziehung“ verletze das verfassungsmäßige Recht der Eltern auf Erziehung.

## >> **Zuwanderung Hauptgrund für Bevölkerungsanstieg**

Nach den vorläufigen Ergebnissen der neuesten Volkszählung leben in Spanien heute mehr als 45 Millionen Menschen. Vor sieben Jahren waren es noch etwa 40 Millionen. Dieser enorme Zuwachs ist vor allem auf die Immigration zurückzuführen. Während die spanische Bevölkerung im Zeitraum seit 2000 um 2,2 Prozent wuchs, stieg der Anteil der Personen ohne spanischen Pass um 227 Prozent auf ca. 4,5 Millionen. Hauptimmigrantengruppe sind Marokkaner (570 Tsd) und Rumänen (524 Tsd). Ein Großteil entfällt auch auf Immigranten aus Lateinamerika, vor allem Ecuador, Kolumbien und Bolivien (insg. 877 Tsd.). Deutsche stellen die siebtgrößte Ausländergruppe; laut Zensus leben um die 160 Tsd Deutsche dauerhaft in Spanien.

Der überwiegende Teil der Immigranten aus Lateinamerika, Afrika und Osteuropa finden in den Boomsektoren der spanischen Wirtschaft Arbeit, vor allem im Baugewerbe. Viele finanzieren so ihre Familien in den Herkunftsländern.

Unterdessen häufen sich die Stimmen, die auf den demografischen Wandel innerhalb der Bevölkerung spanischer Nationalität hinweisen. Mit einer Geburtenrate von 1,2 Kindern pro Frau bildet Spanien zusammen mit Italien das Schlusslicht in der Europäischen Union. Im letzten Jahr wuchs die spanische Bevölkerung nur um 0,17 Prozent, die Zahl der unter 16-jährigen ging in den letzten zehn Jahren um 16 Prozent zurück.

### >> **Spanien richtet neue zentrale DNA-Datei ein**

Der Innenausschuss des spanischen Parlaments hat mit überwältigender Mehrheit der Errichtung einer zentralen Datei zur Erfassung und Speicherung von DNA- und genetischen Daten von Kriminellen und Verdächtigen in Spanien zugestimmt. Das neue Gesetz sieht die Lagerung dieser Daten auch ohne Zustimmung der betroffenen Personen vor. Die Datenbasis beschränkt sich auf die Speicherung der Identität und des Geschlechts der DNA. Zugang zur Zentraldatei haben Polizei sowie die Guardia Civil, die Bundespolizei. Die gespeicherte DNA kann als Beweis für künftige Verbrechen sowie auch für bisher ungelöste Fälle genutzt werden. Das neue Gesetz sieht keine zeitliche Begrenzung für die Aufbewahrung der DNA-Information vor, doch ist beabsichtigt, diese nach Ablauf der Verjährungsfrist für ein Verbrechen zu lösen.

Gegenwärtig sind die DNA-Profile von rund 42.000 Personen in un-

terschiedlichen Archiven im gesamten Land erfasst, die nur über richterlichen Beschluss zugänglich gemacht werden können.

### >> **Biokraftstoffe werden ab 2008 in Spanien beigemischt**

Die spanische Regierung hat in der vergangenen Woche beschlossen, ab dem kommenden Jahr Biokraftstoffe den herkömmlichen Kraftstoffen Benzin und Diesel beizumischen. Damit folgt Spanien weiteren EU-Ländern, die sich nach dem Kyoto-Abkommen verpflichtet haben, den Anteil von Biokraftstoffen bis 2010 auf 5,83 Prozent zu erhöhen. Bisher war die Nachfrage nach Biokraftstoffen in Spanien schwindend gering. Kritiker sehen als Folge eine zwanzigprozentige Preissteigerung auf Spanien zukommen. Selbst von den spanischen Ökologen kommen kritische Töne, die globale Folgen für das Klima durch das zusätzliche Abholzen tropischer Regenwälder auf der Suche nach Palmöl befürchten.

#### Impressum:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.  
Auslandsbüro Madrid  
V.i.S.d.P: Michael Däumer  
Redaktion: Michael Däumer/  
Sebastian Grundberger/ Adriaan  
Kühn/ Joscha Schmitz  
Design: Normann Kreuter  
Plaza de Castilla, 3, 16-D 2  
28046 Madrid, Spanien  
Tel: (+34) 91 579 61 86  
Fax: (+34) 91 571 86 12  
Email: [info@fka-madrid.org](mailto:info@fka-madrid.org)  
Web: [www.kas.de/espana](http://www.kas.de/espana)